

## Ergebnisse der BVVG in den Ländern

*BVVG, Länderpressekonferenzen Anfang 2012 (2. bis 23. Februar)*

Für alle fünf ostdeutschen Länder haben die Niederlassungen der BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH die Ergebnisse des Jahres 2011 und die Ziele für 2012 in Pressekonferenzen vorgestellt.<sup>1</sup> Diese Veranstaltungen werden bereits seit 2007 durchgeführt und lassen eine Einschätzung der regionalen Entwicklungen bei der Verwertung und Verwaltung der ehemals volkseigenen Flächen der DDR zu, die sich jetzt – von der BVVG verwaltet – in Bundesbesitz befinden.

### Abnehmende Pachtflächen

Ende 2011 verfügte die BVVG noch über etwa 302.000 ha verpachtete Fläche<sup>2</sup>. Mit rund 107.000 ha (35,4 %) liegt ein großer Teil dieser Flächen in Mecklenburg-Vorpommern, gefolgt von Brandenburg mit etwa 91.000 ha (30 %) und Sachsen-Anhalt mit 63.000 ha (20,9 %) – siehe Tabelle 1.

Der Umfang der von der BVVG verpachteten Flächen nimmt durch Verkäufe und anderweitige endgültige Abgänge (Restitution, Übertragung an Gebietskörperschaften oder Umweltverbände, Umwidmung) von Jahr zu Jahr weiter ab (Abbildung 1, S. 148 zeigt die Verkäufe der letzten Jahre und den Pachtflächenrückgang). Insgesamt waren Ende 2011 im Vergleich zu 2010 rund 52 Tha oder 15 % weniger verpachtet, im Vergleich zu 2007 waren es 2011 insgesamt 222,2 Tha oder 42 % weniger.

Besonders schnell nahm die verpachtete Fläche seit 2007 in Sachsen ab, wo sie um mehr als 50 % sank. Absolut sind das allerdings aufgrund des geringen Gesamtanteils Sachsens in fünf Jahren nur 25,5 Tha weniger. In Mecklenburg-Vorpommern nahm die von der BVVG verpachtete Fläche in fünf Jahren um 75,3 Tha (41,4 %) und in Brandenburg um 70,8 Tha (43,9 %) ab. Sach-

sen-Anhalt verzeichnet den mit 36,7 % geringsten relativen Rückgang. Absolut sind das aber in den letzten fünf Jahren auch 36,7 Tha weniger BVVG-Pachtflächen in Sachsen-Anhalt.

Die noch zur Verfügung stehende Fläche von rund 300.000 ha wird in allen fünf Ländern für drei Formen der Privatisierung benötigt. Das sind

- die Befriedigung der Direktverwerbsansprüche der langfristigen Pächter nach den Privatisierungsgrundsätzen 2010 (PG 2010)<sup>3</sup>,
- EALG-Erwerbsansprüche von Alteigentümern nach dem 2. FlERwÄndG<sup>4</sup> und
- Ausschreibungsverkäufe jener Flächen, die für die beiden genannten Verkaufsförmlichkeiten nicht benötigt werden.

Die BVVG geht davon aus, dass die noch zur Verfügung stehende Fläche für alle drei Anspruchsformen ausreicht. Das Problem sei nicht ob BVVG-Flächen zur Verfügung stehen sondern ob diese an der richtigen Stelle verfügbar sind, betonten die Niederlassungsleiter auf den Pressekonferenzen. Hier wollen die BVVG-Niederlassungen vor allem mit den Alteigentümern einvernehmliche Lösungen erreichen, in die die derzeitigen Nutzer der Flächen einbezogen werden.

Eine gewisse Reserve an Flächen hat die BVVG dadurch, dass sich die Bieter bei weitaus der Mehrzahl der Ausschreibungen für einen Pachtvertrag und nicht für den Kauf entscheiden.<sup>5</sup> Diese im Ergebnis von Ausschreibungen gepachteten Flächen stehen nach Ablauf des Pachtvertrages erneut für Ausschreibungen zur Verfügung. Sie könnten aber auch schon zuvor – bei Beibehaltung des Pachtvertrages – an Alteigentümer verkauft werden. Unsicherheiten und

<sup>1</sup> Die zugrunde liegende BVVG-Jahrespressekonferenz wurde ausgewertet in: Die BVVG in ihrem 20. Jahr, NL-BzAR 2012, 50 ff. Dabei wurden bereits einige länder-spezifische Aussagen getroffen.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 58.

<sup>3</sup> Siehe W. Müller, Privatisierungsgrundsätze 2010, Bodenmarkt 4, S. 15 ff.

<sup>4</sup> Näheres dazu finden Sie in NL-BzAR 5/2012. Siehe auch NL-BzAR 2012, 57 f.

<sup>5</sup> NL-BzAR 2012, 54 ff.

# D

**Tabelle 1: Verpachtete BVVG-Landwirtschaftsflächen und durchschnittlicher Pachtzins in den ostdeutschen Ländern 2007 bis 2011**

Land	Verpachtete Fläche (31. 12., Tha)					
	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Brandenburg		161,4	139,0	121,5	108,0	90,6
Mecklenburg-Vorpommern		182,2	160,9	140,0	128,1	106,9
Sachsen		50,5	42,1	34,6	27,8	25,0
Sachsen-Anhalt		99,9	88,0	75,8	70,7	63,2
Thüringen		30,2	26,0	21,7	19,6	16,3
<b>Ostdeutschland insgesamt</b>	<b>574,2</b>	<b>524,2</b>	<b>456,1</b>	<b>393,6</b>	<b>354,1</b>	<b>302,0</b>

**Tabelle 2: In den Jahren 2011 und 2012 auslaufende Pachtverträge der BVVG mit Direkterwerbsansprüchen und gewählte bzw. beabsichtigte Option**

Länder	2011					2012				
	Ausgelaufene Pachtverträge (ha)	Direktkauf	4-j. Pachtvertrag	9-j. Pachtvertrag	Auslaufende Pachtverträge (ha)	Rückmeldungen (ha)	Direktkauf	4-j. Pachtvertrag	9-j. Pachtvertrag	
Brandenburg	33.300	30 %	40 %	30 %	18.000	5.900	55 %	33 %	12 %	
Mecklenburg-Vorpommern	24.000	50 %	25 %	25 %	23.200	6.400	67 %	11 %	21 %	
Sachsen	2.500	37 %	55 %	8 %	8.300	7.000	66 %	21 %	13 %	
Sachsen-Anhalt	13.500	26 %	25 %	49 %	20.100	12.100	35 %	24 %	41 %	
Thüringen	5.900	36 %	44 %	20 %	3.000	keine Angaben				
<b>Ostdeutschland insgesamt</b>	<b>79.400</b>	<b>34 %</b>	<b>36 %</b>	<b>30 %</b>	<b>72.600</b>	<b>keine Angaben</b>				

Quelle: BVVG-Landespressekonferenzen Anfang 2012

**Tabelle 3: Zum Verkehrswert verkaufte BVVG-Landwirtschaftsfläche und durchschnittlicher Kaufpreis in den ostdeutschen Ländern 2007 bis 2011**

Land	Verkaufte Fläche (Verkehrswert) ha					
	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Brandenburg		7.200	9.800	9.750	9.489	12.612
Mecklenburg-Vorpommern		13.040	13.100	9.700	9.748	17.271
Sachsen		2.260	2.090	2.600	2.068	2.490
Sachsen-Anhalt		3.700	2.460	2.740	2.394	5.040
Thüringen		1.400	1.490	1.900	1.925	3.078
<b>Ostdeutschland insgesamt</b>	<b>55.100</b>	<b>27.600</b>	<b>28.894</b>	<b>26.700</b>	<b>25.610</b>	<b>40.600</b>

- <sup>1</sup> Ohne Berücksichtigung der Ergebnisse von drei Sonderverkäufen mit 245 bis 632 Hektar in Mecklenburg-Vorpommern betrug der durchschnittliche Kaufpreis für Mecklenburg-Vorpommern 8.311 € je Hektar.
- <sup>2</sup> Ohne Berücksichtigung von 2 Sonderverkäufen mit 180 und 270 Hektar betrug der durchschnittliche Kaufpreis in Thüringen 9.251 € je Hektar.
- <sup>3</sup> Ohne Berücksichtigung der Ergebnisse von drei Sonderverkäufen mit 245 bis 632 Hektar in Mecklenburg-Vorpommern beträgt der durchschnittliche Kaufpreis für alle neuen Bundesländer 7.611 € je Hektar.

$\bar{x}$  Pachtzins (€/ha)

2006	Bestandspachten					Neupachten				
	2007	2008	2009	2010	2011	2007	2008	2009	2010	2011
	94	117	137	155	208	152	266	220	237	244
	126	142	169	201	248	187	210	245	252	292
	121	134	149	187	202	163	272	249	260	302
	183	215	251	287	331	244	341	338	371	367
	131	168	195	224	251	207	243	251	271	246
<b>118</b>	<b>127</b>	<b>149</b>	<b>175</b>	<b>205</b>	<b>250</b>	<b>186</b>	<b>267</b>	<b>263</b>	<b>271</b>	<b>282</b>

damit auch ein noch nicht zu kalkulierender Flächenumfang für die weiteren Ausschreibungsverkäufe ergibt sich vor allem aus den noch weitgehend offenen, weil noch nicht mit belastbaren Anträgen unteretzten Kaufansprüchen der Alteigentümer. Aber auch der weitere Verlauf der Direktverkäufe birgt noch eine Reihe von Unsicherheiten.

### Auslaufende Pachtverträge und „Wunsch“ der Direkterwerbsberechtigten

Die Unsicherheit bei den noch für den Direkterwerb benötigten Flächen ergibt sich aus der Wahlmöglichkeit der Berechtigten.<sup>6</sup> Wie Tabelle 2 zeigt, war die Optionswahl im Durchschnitt der berechtigten Pächter der Länder zwischen allen drei Möglich-

fast die Hälfte der berechtigten Landwirte für eine Weiterpachtung für neun Jahre ohne die Möglichkeit eines späteren Direktkaufes entschieden.

Der Ausblick auf das Jahr 2012 zeigt – bei Rückmeldungen von insgesamt weniger als der Hälfte der Flächen aus vier Ländern – ähnliche Tendenzen. Die Berechtigten aus Sachsen-Anhalt schieben ihre Entscheidung weiter nach hinten bzw. wissen heute schon, dass sie nicht kaufen werden. In Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern wurde für mehr als die Hälfte der rückgemeldeten Flächen der sofortige Direktkauf angekündigt. Der Gesamtdurchschnitt der Entscheidungen für den sofortigen Kauf wird in diesen beiden Ländern aber sicher weiter zurückgehen. Es ist anzunehmen, dass diejenigen Pächter, die sich bereits klar entschieden haben und auch

über die notwendigen Finanzmittel verfügen, zuerst auch eine Rückmeldung abgegeben haben. Die weitere Entwicklung des Verhältnisses zwischen den Optionen dürfte wesentlich auch von den ökonomischen Ergebnissen des Wirtschaftsjahres 2011/12 abhängen.

Da 2011 und 2012 die meisten langfristigen Pachtverträge auslaufen<sup>7</sup>,

bestimmt die Entscheidung der Pächter für eine der Optionen wesentlich darüber, wie-

<sup>6</sup> Siehe W. Müller, A. Kittler, Verpachtung durch die BVVG, Bodenmarkt 5, S. 23 f.

<sup>7</sup> Die differenzierte Entwicklung in den einzelnen Ländern wird dargestellt in: Bodenmarkt 4, S. 60 f.

### Kaufpreis (Verkehrswert) €/ha

2006	2007	2008	2009	2010	2011
	3.886	5.139	6.110	7.842	8.939
	5.692	7.492	9.859 <sup>1</sup>	12.152	14.989
	5.427	5.777	7.182	9.225	12.418
	8.804	8.488	10.998	14.053	15.392
	5.173	5.555	7.878	11.100 <sup>2</sup>	10.386
<b>4.436</b>	<b>5.479</b>	<b>6.319</b>	<b>8.205<sup>3</sup></b>	<b>10.418</b>	<b>12.640</b>

keiten ausgeglichen. Im Vergleich der einzelnen Länder gibt es allerdings deutlichere Unterschiede. So haben die Pächter bei den 2011 ausgelaufenen Pachtverträgen in Mecklenburg-Vorpommern zu 50 % den sofortigen Direktkauf gewählt. In Sachsen-Anhalt hingegen waren das nur 26 %. Hier hat sich

# D

viel Fläche für den Direktverkauf insgesamt benötigt wird, und wieviel letztendes ausgeschrieben werden kann. Die rund 24 Tha, für die 2011 ein neunjähriger Pachtvertrag abgeschlossen wurde, stehen dann 2020 zum Verkauf über Ausschreibungen zur Verfügung. Wieviel von den 28,6 Tha – für die die Option „später kaufen“ im Jahr 2011

gewählt wurde – dann vielleicht doch nicht direkt gekauft werden, kann noch nicht vorausgesagt werden.

## Pachtpreise stark gestiegen

Die Pachtpreise der BVVG sind in den letzten fünf Jahren stark gestiegen (siehe Ta-

Die Umfänge bei den Pachtflächen (Stichtag 31. 12.) und den Verkäufen (Summe des Jahres) sind nicht direkt vergleichbar. Zudem wurden 2007 bis 2009 Tauschflächen, z. B. mit den Ländern nicht berücksichtigt.

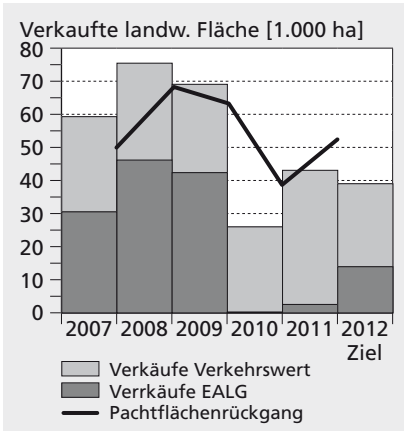


Abbildung 1: Verkaufte landwirtschaftliche Flächen und Rückgang der Pachtflächen der BVVG

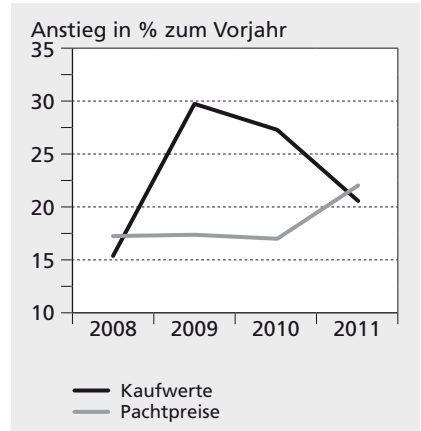


Abbildung 2: Vergleich des Anstiegs der Pachtpreise und der Kaufwerte für Verkehrswertverkäufe der BVVG

Grafiken: NL-BzAR; Quellen: Berechnet nach Angaben der BVVG

Tabelle 4: Entwicklung der Kauf- und Pachtpreise der BVVG in den letzten fünf Jahren (in %)

Land	Kaufpreise (Verkehrswert)				
	2008 zum Vj.	2009 zum Vj.	2010 zum Vj.	2011 zum Vj.	2011 zu 2007
Brandenburg	32,2 %	18,9 %	28,3 %	14,0 %	230,0 %
Mecklenburg-Vorpommern	31,6 %	31,6 %	23,3 %	23,3 %	263,3 %
Sachsen	6,4 %	24,3 %	28,4 %	34,6 %	228,8 %
Sachsen-Anhalt	-3,6 %	29,6 %	27,8 %	9,5 %	174,8 %
Thüringen	7,4 %	41,8 %	40,9 %	-6,4 %	200,8 %
<b>Ostdeutschland insgesamt</b>	<b>15,3 %</b>	<b>29,8 %</b>	<b>27,0 %</b>	<b>21,3 %</b>	<b>230,7 %</b>

Tabelle 5: Investitionsaufwand für den Kauf landwirtschaftlicher Flächen der BVVG von 2007 bis 2011 in € (Verkehrswertverkäufe und EALG-Verkäufe 2007 bis 2009)

Land	2007	2008	2009	2010
Brandenburg	47.566.144	91.670.523	95.467.772	74.412.738
Mecklenburg-Vorpommern	101.883.956	153.262.980	162.709.900	118.457.696
Sachsen	20.857.604	36.584.087	54.492.039	19.077.300
Sachsen-Anhalt	60.603.225	71.603.532	89.147.994	33.642.882
Thüringen	13.966.834	20.930.906	22.413.380	21.367.500
<b>Ostdeutschland insgesamt</b>	<b>244.877.763</b>	<b>374.052.028</b>	<b>424.231.085</b>	<b>266.958.116</b>

belle 1). Das resultiert aus den hohen Preisen bei Neuabschlüssen über Ausschreibungen<sup>8</sup> und vor allem aus den regelmäßigen, an den Kaufwerten orientierten Pachtpreisanpassungen. Diese sind im BVVG-Pachtvertrag vereinbart.

2011 betrug der durchschnittliche Pachtpreis für BVVG-Agrarflächen 250 € je ha, was gegenüber 2007 eine Preissteigerung auf fast das Doppelte ist. Bei der Landwirtschaftszählung 2010 (LZ 2010) wurde für die fünf ostdeutschen Länder eine durchschnittliche Bestandspacht von 156 €/ha ausgewiesen.<sup>9</sup> Gegenüber dem Wert von 205 €/ha für 2010 betrug die Preissteigerung für BVVG-Pachten 2011 insgesamt 22 %. Für Neupachten wurden 2011 bereits 282 €/ha gezahlt. Die Spanne reicht bei den Neupachten von 244 €/ha in Brandenburg bis 367 €/ha in Sachsen-Anhalt.

Während die Pachtpreissteigerungen über fünf Jahre betrachtet in den Ländern recht einheitlich zwischen 167 % in Sachsen und 221 % in Brandenburg liegen, ist die jährliche Steigerung deutlich differenzierter: die brandenburgischen Pächter haben 2011 einen Preissprung um mehr als ein Drittel auf 208 €/ha erlebt. In Mecklenburg-Vorpommern war die Steigerung gegenüber den

Vorjahr mit reichlich 23 % auf 248 €/ha auch beträchtlich. In Sachsen-Anhalt stiegen die Pachtpreise um 15, in Thüringen um 12 und in Sachsen um 8 %.

### Entwicklung der Kaufpreise wieder differenzierter

Während sich bis 2010 der Anstieg der BVVG-Kaufpreise zwischen den Ländern angeglichen hatte,<sup>10</sup> ist 2011 wieder eine stärkere Differenzierung zu bemerken (siehe Tabelle 4). 2010 betrug die Steigerung zum Vorjahr bis auf den Ausreißer Thüringen (+41 %) zwischen 23 und 28 %. 2011 wurde die höchste Steigerung in Sachsen (34,6 %) verzeichnet. Es folgte Mecklenburg-Vorpommern (23,3 %), Brandenburg (14,0 %) und Sachsen-Anhalt (9,5 %). Einen Rückgang um 6,4 % hatte Thüringen zu verzeichnen. Hier hängt – bei dem relativ geringen Flächenumfang – der Durchschnittspreis sehr stark davon ab, ob in einem Jahr mehr südlich oder nördlich der A 4 verkauft wird oder ob Sonderverkäufe wie 2010 in das Ergebnis eingehen.

Die höchste fünfjährige Steigerung der Kaufwerte verzeichnet Mecklenburg-Vorpommern. Der durchschnittliche Kaufwert beträgt hier 14.989 €/ha, was 263,3 % vom Kaufwert 2007 ist. Den geringsten relativen Anstieg auf 174,8 % im Vergleich zum 2007er Wert hat Sachsen-Anhalt. Hier war aber auch der Ausgangspreis deutlich höher und der Kaufwert 2011 liegt mit 15.386 € ha an der Spitze der fünf Länder. Den niedrigsten Kaufwert verzeichnete 2011 Brandenburg mit 8.939 €/ha. Das sind 230 % des Wertes

von 2007. Im Durchschnitt aller fünf Länder liegt der 2011er Kaufwert (12.640 €/ha) bei 231 % des Wertes von 2007. (Siehe Abbildung 2 und Tabelle 4.)

<sup>8</sup> Eine Analyse für das 2. Halbjahr 2011 finden Sie in: NL-BzAR 2012, 54 ff.

<sup>9</sup> Bodenmarkt 5, S. 38.

<sup>10</sup> NL-BzAR 2011, 51 f.

Pachtpreise				
2008 zum Vj.	2009 zum Vj.	2010 zum Vj.	2011 zum Vj.	2011 zu 2007
24,5 %	17,1 %	13,1 %	34,2 %	221,3 %
12,7 %	19,0 %	18,9 %	23,4 %	196,8 %
10,7 %	11,2 %	25,5 %	8,0 %	166,9 %
17,5 %	16,7 %	14,3 %	15,3 %	180,9 %
28,2 %	16,1 %	14,9 %	12,1 %	191,6 %
17,3 %	17,4 %	17,1 %	22,0 %	196,9 %

2011	2007 bis 2011
112.738.668	421.855.845
258.875.019	795.189.551
30.920.820	161.931.850
77.575.680	332.573.313
31.968.108	110.646.728
512.078.295	1.822.197.287

Quellen:  
BVVG, Stat.  
Bundesamt

Die Niederlassungen der BVVG erklären die anhaltend starken Preissteigerungen vor allem mit einer großen Nachfrage durch ortsansässige Landwirte. Außerdem wird von der BVVG-Spitze ein „Sog aus Richtung Westen“ beschrieben und eine „positive Perspektive für die Landwirtschaft“ angeführt.<sup>11</sup>

### **Bodenkäufe beanspruchen die ostdeutschen Betriebe stark**

Die umfangreichen Flächenkäufe von der BVVG und deren steigende Preise belasten die Betriebe stark. Auch wenn die Finanzierungsbereitschaft der Banken für Flächenkäufe hoch ist, so ist sie doch nicht unendlich und die Kreditbelastung behindert trotzdem andere, notwendige Investitionen. Besonders wirtschaftsschwächere Betriebe haben häufig ihre Kaufmöglichkeiten bereits ausgeschöpft.<sup>12</sup> Das dürfte auch einer der Gründe für den hohen Zuspruch für die Pachtoption bei Ausschreibungen und für die Möglichkeit der Weiterverpachtung für Direktkauf-Berechtigte sein.

Der direkte Aufwand für den Kaufpreis der Verkehrswert- und der EALG-Käufe) in den letzten fünf Jahren (2007 bis 2011 – siehe Tabelle 5) betrug immerhin 1,822 Mrd. €. Die größte Summe wurde mit 795 Mio € von Landwirten in Mecklenburg-Vorpommern aufgewendet. Es folgen Brandenburg mit 422 Mio. € und Sachsen-Anhalt mit 333 Mio. €.

Die umfangreichen Flächenkäufe der letzten Jahre sind für die Landwirtschaftsbetriebe ein zweischneidiges Schwert. Auf der einen Seite können damit die Produktionsgrundlagen langfristig gesichert und Flächenverluste verhindert werden. Auf der anderen Seite stellen sie – vor allem durch die enorm gestiegenen Preise – eine außerordentliche Belastung dar, die auch im Zusammenhang mit Verkaufswünschen von privaten Eigentümern und anderen Anforderungen für viele Betriebe nur schwer zu bewältigen sind.

*Zusammengestellt und kommentiert von  
K. Böhme. Berechnungen N. Kießling.*

## **Übernahme der BVVG-Flächen zu jedem Preis hilft weder Land noch Landwirten**

*Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz, Pressemitteilung Nr. 051/12 vom 15. 3. 2012*

„Es ist hinlänglich bekannt, dass das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz die Verhandlungen mit der Bundesregierung um die BVVG-Restflächen aus dem ehemals volkseigenen landwirtschaftlichen Vermögen führt. Dass die Landgesellschaft als landeseigene Einrichtung die sogenannten Restflächen „in Landeshoheit“ erwirbt, um sie nach den agrarstrukturellen Vorstellungen des Landes landwirtschaftlichen Betrieben zu verpachten, ist dabei eine Option“, sagte Minister Dr. Till Backhaus heute im Landtag zum Antrag der Fraktion DIE LINKE „Übernahme der verfügbaren BVVG-Liegenschaften in Landeshoheit.“

Es geht bei den Restflächen um rund 90.000 Hektar.

„Mit der Übernahme der BVVG-Flächen zu jedem Preis ist weder dem Land noch den Landwirten geholfen“, machte der Landwirtschaftsminister deutlich.

Schon der von der BVVG als derzeit zugrunde gelegter Durchschnittspreis von rund 15.000 Euro pro Hektar sei für Mecklenburg-Vorpommern nicht zu zahlen.

„Das sind 1,35 Milliarden Euro – eindeutig zu viel sowohl für die Landgesellschaft als auch für den Landeshaushalt. Wer zu diesen Bedingungen Flächen kauft, kann sie nicht mehr zu verträglichen Konditionen verpachten“, betonte Dr. Backhaus.

Das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz bemühe sich daher um eine andere Strategie:

Neben der Änderung der Privatisierungsgrundsätze, zum Beispiel durch deutliche Streckung des Privatisierungszeitraumes, werde derzeit überprüft, ob auch eine Übernahme der Treuhandverwaltung durch das Land und die Landgesellschaft in Betracht kommt.

„Die Übernahme der Treuhandverwaltung durch das Land halte ich für realistischer als

<sup>11</sup> Interview D. Hammann und W. Müller in *agrarzeitung* 8/2012 vom 24. 2. 2012.

<sup>12</sup> Vgl. *NL Neue Landwirtschaft* 1/2012, S. 33 ff.

den Erwerb der Flächen in Landeseigentum“, sagte der Minister. Gleichwohl würden sich auch dabei große Schwierigkeiten abzeichnen: Auch bei einer Treuhandlösung besteht zwischen dem Bund und erwerbswilligen Ländern leider keine Einigkeit über den Umfang der Erlöse, die jedes Jahr vom Treuhänder zu erwirtschaften und an den Bund abzuführen sind. Auch gäbe es zwischen den neuen Ländern keine Einigkeit über den anzustrebenden Weg der Privatisierung. Eine weitere Schwierigkeit sei das fehlende Interesse der Bundesfinanzverwaltung an einer Beruhigung des Bodenmarktes durch Verlangsamung des Privatisierungsprozesses.

„Gleichwohl werde ich nicht nachlassen, in den kommenden Gesprächen klar und deutlich meine Erwartungen an den Bund zu wiederholen“, betonte der Minister und nannte den Verkaufsstopp bei der BVVG, die Änderung der Privatisierungsgrundsätze im Einvernehmen mit den Ländern oder auch die Übertragung der Treuhandverwaltung in die Hände derjenigen, die in den Ländern für die Aufgaben der Agrarstruktur zuständig sind.

## „Die faire Milch“ darf auf der Verpackung bleiben

*BDM,*

*Pressemitteilung vom 2. 3. 2012*

Der Bundesverband Deutscher Milchviehhalter *BDM e.V.* begrüßt das am 1. 3. 2012 in zweiter Instanz ergangene Urteil des Oberlandesgerichts München, wonach der Begriff „Die faire Milch“ auch weiterhin als Slogan für die Verpackung erlaubt ist. Entgegen der Ausführungen der Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs, die als Verein die gewerblichen Interessen ihrer Mitglieder vertritt und die *MVS GmbH* als Vermarkter der Fairen Milch verklagt hatte, konnte das Gericht dabei keine Irreführung des Verbrauchers feststellen, weil der Bauer tatsächlich 40 Cent pro Liter verkaufte Milch erhält.

Lediglich den Zusatz „kommt ausschließlich von Höfen aus Ihrem Bundesland“ verbot das Gericht in seinem Urteil, weil in einzelnen Fällen Milch, die in Hessen gemolken wurde, auch in Nordbayern verkauft worden

sei. Schon aufgrund des erstinstanzlichen Urteils wurde dieser Hinweis bereits vor einiger Zeit von der Verpackung entfernt.

„Das ist bedauerlich, weil es auch zeigt, wie schwierig es ist, in der modernen Geschäftswelt, die großräumiger strukturiert ist bzw. vorrangig auf effiziente Vertriebswege setzt, regionale bzw. bundesländerspezifische Konzepte umzusetzen, die wirklich genau an der Bundesländergrenze haltmachen. Wir können den Vertriebspartnern der Fairen Milch schon unter ökologischen Gesichtspunkten kaum vorwerfen, dass sie in Einzelfällen auch mal eine „grenznahe“ nordbayerische Gemeinde mit hessischer Milch beliefert haben. Das spart möglicherweise unnötige Transportwege“, erklärt *BDM*-Vorsitzender Romuald Schaber. „Wir nehmen die Kritik, die im Urteil des Gerichts zum Ausdruck kommt, selbstverständlich sehr ernst und werden weitere Überlegungen anstellen, wie künftig das Interesse der Käufer an der Transparenz der Herkunft der Milch mit dem Wunsch nach einem ökologisch sinnvollen Vertrieb vereinbart werden kann“, so Schaber weiter.

Insgesamt sieht der *BDM* in diesem Urteil aber eine Bestätigung des Konzepts der fairen Milch und sieht darin einen Auftrag, auch eventuell notwendige Änderungen konstruktiv anzugehen.

## Verlängerung des Verbots von Verkäufen unter Einstandspreis

*DBV,*

*Pressemitteilung vom 5. 3. 2012*

Der Deutsche Bauernverband (*DBV*) begrüßt die Einigung des Koalitionsausschusses von *CDU/CSU* und *FDP*, im Zuge der Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen das verschärfte Verbot des Verkaufs von Lebensmitteln unter Einstandspreis um weitere 5 Jahre bis zum 31. 12. 2017 zu verlängern. Auch zukünftig dürfen wertvolle Lebensmittel – auch nicht zeitweise – unter Wert „verramscht“ werden.

In der Landwirtschaft misst man dieser Regelung eine hohe präventive Wirkung bei. Wie auch in anderen Bereichen bedarf es